

Kulturförderung nicht kürzen

CDU STELLT STIFTUNG BREITENKULTUR AUF ABSTELLGLEIS

Seit mehreren Jahren enthält der Haushaltsplan Thüringens einen Titel "Stiftung Breitenkultur" - ein Ergebnis des zähen Ringens der SPD-Fraktion in der Regierungskoalition mit der CDU. Mit einer solchen Stiftung sollte die Finanzierung der Breitenkultur durch den Freistaat langfristig unterstützt und damit die Existenz tausender Kulturvereine verlässlich gesichert werden.

In dem von der CDU-Mehrheit des Landtages durchgepeitschten Haushalt für das Jahr 2000 steht als Ausgabe-Summe die Zahl Null. Keine müde Mark steht also in diesem Jahr für die Einrichtung dieser Stiftung zur Verfügung. Und auch die Zukunft der Stiftung scheint in den Sternen zu stehen, denn die zuständige Kulturministerin, Frau Prof. Schipanski (CDU), vermeidet jegliche klare Aussage dazu. Auf meine parlamentarische Anfrage äußerte sie lediglich völlig unverbindlich: "Mit der Beratung der Doppelhaushalte 2001/2002 und 2002/2003 sind die Überlegungen zur Einrichtung einer Kulturstiftung zu vertiefen".

Das ist eine nett umschriebene, versteckte Bankrotterklärung für die "Stiftung Breitenkultur". Denn überlegt wurde nun lange genug. Das Grobkonzept für eine solche Stiftung liegt seit langem vor. Jetzt sind Entscheidungen fällig.

Ich befürchte einen Ausverkauf der Breitenkultur. Das Projektmanagerpro-



Tausende Kulturvereine - wie diese Tanzgruppe aus dem Eichsfeld - brauchen Unterstützung

gramm läuft zum Jahresende 2000 aus. Die Mittel für die Breitenkultur wurden in der neuen Legislaturperiode bereits vor dem in Aussicht stehenden "Sparhaushalt" gekürzt - auch deshalb, weil Mittel für Theater und Orchester mittelfristig vertraglich stabil gesichert werden mussten. Sollten in einer neuen, bisher nur diffus angekündigten "Kulturstiftung" die finanziellen Aufwendungen des Landes für Bereiche der professionellen Hochkultur, die nicht zu Theatern und Orchestern gehören, und für die Breitenkultur zusammengepackt werden, so be-

deutet das den endgültigen Abschied von einer "Stiftung Breitenkultur". Weitere gravierende Einschnitte in diesem Bereich, der uns besonders am Herzen liegt, drohen dann.

Rechtzeitige Gegenwehr ist erforderlich. Wir werden auch weiterhin alle Initiativen unterstützen, mit denen die Thüringer Breitenkultur erhalten und gefördert wird. Unsere Forderung bleibt: Wir brauchen eine "Stiftung Breitenkultur"!

Hans-Jürgen Döring
Kulturpolitischer Sprecher

PARLAMENT

Streit um Bürgerbeauftragten-Gesetz offenbart CDU-Schwächen

Seite 3

AKTUELL

Sozialdemokraten aus Litauen zu Besuch in Thüringen

Seite 4

Brandstifter

Ein Flugblatt mit dem Titel "Was jeder Deutsche wissen sollte" - unterzeichnet vom Landesvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV),



Latussek - bewertete die SPD-Landtagsfraktion als geistige Brandstiftung. Die SPD-Abgeordneten bezogen dagegen Stellung und bekamen Dankeschreiben aus vielen Regionen Thüringens.

In dem Mitte Mai im Landtagsgebäude verbreiteten Schreiben wird unter anderem eine "willkürliche Verschiebung der deutschen Ostgrenze an die Oder und Neiße" beklagt, weil diese einen "Gebietsverlust des Gebietes des Deutschen Reiches" bedeutet habe. Außerdem wird den Nachbarländern eine "Mißhandlung von Kindern und Jugendlichen bei der Zwangspolonisierung und Zwangstschechisierung" vorgeworfen, zudem ist vom "Völkermord an den ostdeutschen Stämmen" die Rede.

Die SPD-Fraktion forderte die unverzügliche Einberufung einer Sondersitzung des Ältestenrates, um BdV-Landeschef Latussek für sein nationalistisches Gedankengut mit dem im Landtag geplanten parlamentarischen Abend kein weiteres Podium zu geben. Mit Erfolg. Landtagspräsidentin Lieberknecht untersagte die Veranstaltung - nicht ohne Latussek die Chance für eine Entschuldigung sowie eine Distanzierung von den revanchistischen Äußerungen zu geben. Latussek lehnte ab.

Höchst bedauerlich ist, dass der BdV-Landesvorsitzende mit seinem Verhalten das Anliegen von Heimatvertriebenen immer wieder in Misskredit bringt und das ihnen geschehene schreckliche Unrecht der Vertreibung für seine Ideologie missbraucht.

Dr. Werner Pidde
Parlamentarischer Geschäftsführer

Gentzel: CDU lähmt sich selbst

SPD-INITIATIVEN IM PARLAMENT UMGESETZT

Eine positive Bilanz der Arbeit der SPD-Fraktion zog Fraktionsvorsitzender Heiko Gentzel in einem Pressegespräch Ende Mai. Die SPD habe als führende Oppositionspartei wichtige Akzente im Thüringer Landtag gesetzt und die Schlafmützigkeit der CDU unterstrichen, indem sich diese den Initiativen der kleinsten Oppositionsfraktion anschließen musste. Der CDU-interne Kampf um die Vogel-Nachfolge lähme anscheinend. Was Vogel selbst betreffe, verstärke sich der Eindruck, dass es ihm an Durchsetzungskraft mangle. Nicht umsonst habe Vogel solche Schlappen wie beispielsweise bei der

Umsetzung seines Vorschlages zum Thüringer Bürgerbeauftragtengesetz einstücken müssen.

Die Sozialdemokraten im Landtag hingegen haben sich mit zahlreichen Initiativen durchsetzen können. Als Beispiele nannte Gentzel die Sondersitzung des Parlamentes wegen des Brandanschlages auf die Erfurter Synagoge, die Rücknahme der Kürzungen bei Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) durch Wirtschaftsminister Schuster sowie die Einberufung des Ältestenrates wegen der Flugblattaktion des Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Latussek.

Lokale Demokratie - Wie weiter?

BÜRGER BESSER EINBEZIEHEN



Begriffe wie Bürgernähe und Bürgerbeteiligung dürfen nicht zu leeren Worthülsen von Politik und Verwaltung verkommen, forderte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Heiko Gentzel, zur Eröffnung der Tagung "Zukunft der lokalen Demokratie" im April in Weimar. Über das Projekt der Bertelsmann-Stiftung "Bürgerorientierte Kommune-Civitas" sprach Projektleiter Ansgar Wimmer. Seinem Vortrag schloss sich Claudia Reiser, Leiterin des Stadtbüros des Oberbürgermeisters Leipzig und Vertreterin im Netzwerk Civitas, mit dem Thema "Bürgerorientierung in Leipzig" an. Über "Bürgermitwirkung als Teil lokaler Demokratie in einer modernen Kreisverwaltung" berichtete Axel Endlein, Präsi-

dent des deutschen Landkreistages und Landrat des Landkreises Northeim.

Die Zukunft der lokalen Demokratie und die neuen Anforderungen an die Kommunen standen im Mittelpunkt des Vortrags von Hajo Hoffmann, Präsident des deutschen Städtetages und Bundesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK).

Seine Vorstellungen, wie das Engagement von Bürgern in Thüringen gefördert werden kann, trug Christoph Matschie, Mitglied des Bundestags und Landesvorsitzender der Thüringer SPD vor. Matschie betonte: "Die Bürger wollen den Staat nicht vor ihrer Nase haben, sondern an ihrer Seite."

Streit um Bürgerbeauftragten

SCHLAPPE FÜR CDU-REGIERUNGSCHEF

Mit seinem fehlgeschlagenen Versuch, in Thüringen mit einer Hausrück-Aktion einen Bürgerbeauftragten zu installieren, hat Ministerpräsident Vogel dieses Amt beschädigt, bevor es überhaupt eingerichtet wurde. Zuerst präsentierte er der Öffentlichkeit seinen Wunschkandidaten, ohne dass es hierfür eine gesetzliche Grundlage gab. Dadurch entstand der Eindruck, das geplante Gesetz sei nur für eine bestimmte Person gemacht und eine reine Formalität. Dieses Vorgehen war so dilettantisch, dass die CDU-Fraktion, die der Ministerpräsident in dieser Sache wohl nicht konsultiert hatte, ihm Person und Gesetz "um die Ohren schlug". Die CDU-Landtagsfraktion legte mitten im Verfahren einen neuen Gesetzentwurf vor. Ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren und die Rechte der Opposition missachtend, drückte sie ihren neuen Entwurf durch die Ausschüsse und durchs Plenum. Sie verweigerte nach dem Motto "Musikspiel statt Nachdenken" die fachliche Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Oppositionsparteien. Diese Vorschläge sollten dem ramponierten Amt des Bürgerbeauftragten wieder das Vertrauen zurückgeben, das ein Bürgerbeauftragter für seine Arbeit braucht. Wir



hatten unter anderem gefordert, dass die Thüringer Bürgerinnen und Bürger dem Landtag einen geeigneten Kandidaten vorschlagen. Eine Kommission, die sich aus wichtigen gesellschaftlichen Gruppen zusammensetzt, sollte die Vorschläge aus der Bevölkerung entgegen nehmen. Nun wird die CDU mit ihrer Mehrheit, ihren Bürgerbeauftragten bestimmen. Über dieses konkrete Verfahren hinaus wird in diesem Zusammenhang deutlich: Wo es um ihren Machterhalt geht, sind der CDU parlamentarische demokratische Spielregeln egal. Und vor allem zeigt sich die Zerstrittenheit der CDU deutlich. Der Ministerpräsident und sein Fraktionsvorsitzender Althaus können die CDU-Fraktion derzeit nicht lenken, denn ein weiteres Anliegen des Ministerpräsidenten, die Erleichterung der wirtschaftlichen Betätigung der kommunalen Betriebe, kommt wegen interner Querelen in der CDU-Fraktion deutlich in Verzug.

Irene Ellenberger, MdL

MEINUNG

Strohalm



Die von der CDU-Landesregierung für das Jahresende angekündigte Privatisierung der drei Thüringer Landesfachkrankenhäuser für Psychiatrie und Neurologie birgt große Gefahren. Doch Sozialminister Pietzsch scheint zu allem entschlossen zu sein: Argumente der Mitarbeiter, der Geschäftsleitungen, der Gewerkschaft ÖTV sowie der Oppositionsfraktionen im Landtag werden in den Wind geschlagen. Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass oft nicht nur der Personalstamm abgebaut wird, sondern dass auch durch Haustarifverträge die Löhne und Gehälter der jetzt thüringenweit 1700 Beschäftigten zurück gehen könnten. Hinzu kommt, dass auch das Dienstleistungsgewerbe - zum Beispiel Wäschereien und Baufirmen aus der Region - in Mitleidenschaft gezogen werden kann.

Die von einer unabhängigen Expertenkommission und der damaligen Sozialministerin Irene Ellenberger vorgeschlagene Anstalt des öffentlichen Rechts als Betreiber-Form lehnt Pietzsch kategorisch und ohne Begründung ab. Offensichtlich will man mit den Verkaufserlösen den Haushalt des Landes sanieren. Noch einen Strohalm lässt Pietzsch allerdings: Nach massivem Druck der Beschäftigten deutete er vage an, dass Kommunen die Einrichtungen auch weit unter dem Wert erwerben könnten. Entscheidend sei das fachliche Konzept. Die Kommunen sollten den Minister beim Wort nehmen und schleunigst nach diesem Strohalm greifen, um sich um eine Trägerschaft zu bewerben. Ob sich Pietzsch aber damit in der Landesregierung durchsetzt - vor allem gegen Finanzminister Trautvetter, der das Geld schließlich für die Finanzierung des millionenschweren Landtags-Protzbaus braucht - scheint sehr unwahrscheinlich.

Petra Heß
Sozialpolitische Sprecherin

Wofür gibt's Fördermittel?

BROSCHÜRE DER LANDTAGSFRAKTION NEU AUFGELEGT

Auf Grund der großen Nachfrage hat die SPD-Fraktion die Broschüre "Fördermittel und Zuschüsse" noch einmal drucken lassen. Das Heft bietet Hilfe und Orientierung bei der Suche nach dem richtigen Förderprogramm und den entsprechenden Ansprechpartnern. Angesichts der mangelnden Transparenz der vielfältigen Förderprogramme im Freistaat soll die Broschüre mit den



Auszügen aus dem Landeshaushalt 2000 besonders für Vereine und Verbände, aber auch für die Privatwirtschaft, für Institutionen und Kommunen als Wegweiser durch den Förderdschungel dienen. Die Broschüre gibt es in den SPD-Bürgerbüros und über die Geschäftsstelle der Landtagsfraktion in Erfurt, Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt, Telefon: (0361) 3 77 23 36. (e-mail: info@spd-thl.de)

Hilfe über Ländergrenzen hinweg

LITAUER SOZIALDEMOKRATEN ZU GAST



Ein Erinnerungsgeschenk an den Thüringer-Besuch gab Heiko Gentzel (re.) der litauischen Delegation mit auf den Weg. Im Hintergrund: Vylenis Pavilas Andriukaičius, Vorsitzender der Litauer Sozialdemokraten.

Eine Delegation aus Litauen war im Mai auf Einladung des SPD-Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Döring in Thüringen unterwegs. Zum umfangreichen Besuchsprogramm gehörte auch eine Stippvisite in der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, wo es zu einem mehrstündigen Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamentariern kam. Die Delegation der Sozialdemokratischen Partei Litauen wurde vom Vorsitzenden Vylenis Pavilas Andriukaičius geleitet. Sie berichtete von der Arbeit im litauischen Parlament, der Seimas, und zeigte sich beeindruckt von der Gastfreundschaft der Thüringer Sozialdemokraten.

Berichtet wurde zudem von den Vorbereitungen zu den am 8. Oktober dieses Jahres stattfindenden Parlamentswahlen in Litauen, für die sich die SDP in einer Koalition mit der DAP, der Demokratischen Arbeiterpartei, Siegeschancen ausrechnet.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Heiko Gentzel, versprach den litauischen Sozialdemokraten Hilfe über die Ländergrenzen hinweg. Zum Abschied sprachen die Litauer eine Einladung zum Gegenbesuch aus, die die Thüringer gern annahm und Erinnerungsgeschenke mit auf den Weg gaben.

Technik für Schülerinnen

KOORDINIERUNGSSTELLE BLEIBT ERHALTEN

Bereits im März forderte die SPD-Fraktion mit dem Antrag zur "Förderung der Chancengleichheit von Mädchen und Jungen in der Schule" den Erhalt der Koordinierungsstelle "Naturwissenschaften und Technik für Schülerinnen", deren Laufzeit im Jahr 2000 enden sollte. Die CDU-Fraktion lehnte ab. Zwei Wochen später beantragte die CDU selbst, die Koordinierungsstelle zu erhalten.

Zum Hintergrund: Mädchen denken und lernen anders als Jungen. Sie sind zwar genauso begabt für technische und naturwissenschaftliche Fächer wie ihre Mitschüler, müssen aber oft intensiver herangeführt werden. Weil es daran mangelt,

hat sich die Berufswahl von Mädchen noch immer nicht positiv verändert: Im Wintersemester 1997/98 waren nur 26,8 Prozent der Studienanfänger der TU Ilmenau junge Frauen, in den rein technischen Fächern waren es nur zehn Prozent. Damit ist die Arbeitslosigkeit der Frauen vorprogrammiert.

An der TU Ilmenau wurde 1997 das Projekt "Thüringer Koordinierungsstelle Naturwissenschaften und Technik für Schülerinnen" entwickelt. Zielgruppe sind Gymnasiastinnen der Oberstufe mit Interesse an Naturwissenschaften und Technik. Sie erhalten das Rüstzeug für ihren beruflichen Werdegang auf naturwissenschaftlichem und technischen Gebiet

www.spd-thl.de

unser 24-Stunden-Info-Service

FORUM IM INTERNET

Diskutieren im Internet - das wird ab Mitte Juli über www.spd-thl.de mit SPD-Landtagsabgeordneten möglich sein. Interessenten können sich mit ihren Fragen und Problemen an die Parlamentarier wenden oder sich über aktuelle Diskussionsbeiträge informieren und sich mit ihren Textbeiträgen an der Debatte beteiligen. Schon jetzt ist es möglich, Pressemitteilungen per e-Mail zu abonnieren.

Thema: Wissenschaft

ARBEITSKREIS LÄDT EIN

Der Offene Arbeitskreis Wissenschaft, Forschung und Hochschule lädt für Montag, 3. Juli 2000, ab 18 Uhr, in den Thüringer Landtag, Raum 410, zur nächsten Sitzung ein.

Der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Gerhard Botz, wird über den Stand der Vorbereitungen künftiger Initiativen im Landtag berichten. Weitere Themen: der Personalbedarf in den Branchen der Informationstechnologie in Thüringen sowie die thüringische Forschungslandschaft - ihre Perspektiven und der Handlungsbedarf.

und damit bessere Arbeitsmarktchancen.

Das Projekt - mittlerweile über Thüringen hinaus bekannt - wurde von Anfang an von der SPD intensiv unterstützt - als Beitrag zur Förderung von Chancengleichheit. Völlig unverständlich war die Ablehnung durch die CDU. Der Sinneswandel der Union ist erst auf Druck der SPD zustande gekommen; wichtig ist: die Koordinierungsstelle bleibt.

Rosemarie Bechtum

Frauenpolitische Sprecherin

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landtagsfraktion, Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt, Tel.: 0361/377 2336, Fax: 0361/377 2417, Internet: www.spd-thl.de. **V.i.S.d.P.:** Dr. Werner Pidde, Parlamentarischer Geschäftsführer. **Layout/ Satz:** malewski. **Druck:** Druckerei Jäcklein, Erfurt.

Redaktionsschluss: 01.06.2000

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 10.000 Exemplaren.